

Hochleistungsstraßen und (Verfassungs-) Recht: Verkehrsrecht im Lichte der Anforderungen der Nachhaltigkeit

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Erika Wagner

Vorständin des Instituts für Umweltrecht

Leiterin der Abteilung Umweltprivatrecht am Institut für Zivilrecht

T +43 732 2468 3571

F +43 732 2468 3579

erika.wagner@jku.at

Abstract

Der Vortrag behandelt die Implikationen der Judikatur des Verfassungsgerichtshofs zur 3. Piste im Bereich des Verkehrsrechts. Einer näheren Erörterung bedarf das derzeitige Rechtsregime für den Bau von Hochleistungsstrecken im Lichte des dringend notwendigen Klimaschutzes. Erwähnt werden ferner die Vorhaben der Bundesregierung zur Mobilitätswende. Es wird gezeigt, dass das Ziel der klimafreundlichen Abwicklung des Verkehrs Nachjustierungen bei den rechtlichen Grundlagen bedarf.

Gliederung

- A) Was bleibt vom Staatsziel Umweltschutz nach dem „Willkür-Erk“ des VfGH (3. Piste)
- B) Folgen des VfGH-Erk
- C) Notwendigkeit Mobilitätswende
 - 1) Regierungsprogramm 2020 - 2024
 - 2) Mobilitätsmasterplan 2030
- D) Der rechtliche Rahmen für Hochleistungsstrecken mit Fokus auf die Mobilitätswende
 - 1) Transeuropäische Netze (TEN)
 - 2) Strategische Umweltprüfung
 - 3) Klimaschutz im UVP-Recht
 - 4) Alpenkonvention-Verkehrsprotokoll
- E) Fazit